

Wir wissen sehr wohl, wie schwierig unter rechtsstaatlichen Bedingungen solche Prozesse zu führen sind. Aber ohne wenigstens den Mut zu solch einem Schritt wird es auch eine echte und dauernde Vergangenheitsbewältigung nicht geben.

(Schwacher Beifall bei DSU, F.D.P. und CDU/DA)

Rücksichtnahme auf angeblich gesundheitliche Schädigungen oder eventuelle entstehende soziale Probleme wirken zunehmend peinlicher und finden bei unserer Bevölkerung absolut kein Verständnis. Wenn wir schon nicht zustandebringen, die Schuldigen zu bestrafen und an den Pranger zu stellen, sollten wir aber wenigstens verhindern, daß die ehemaligen MfS-Angehörigen und ihre Befehlsgeber aus den Reihen der früheren SED nicht auch noch mit öffentlichen Ämtern belohnt werden.

(Beifall bei CDU/DA und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb möchte ich unseren Bürgerinnen und Bürgern, die vielleicht diese Sitzung jetzt noch verfolgen, die Begründung unseres Antrages verlesen:

„Die Selbstreinigung gebietet es, sich im öffentlichen Dienst der jungen Demokratie von denen zu trennen, die für das Funktionieren jener verbrecherischen Organisation (Stasi) mit verantwortlich sind. Die DDR sollte diesen Prozeß beschleunigt vor Herstellung der deutschen Einheit vollziehen. Die Erklärung von Innenminister Diestel in seinem Interview im ‚Morgen*‘ am 31. Juli dieses Jahres, er kenne den Personenkreis der Offiziere im besonderen Einsatz nicht, weil ein Ausschuß der Volkskammer die Liste habe, kann nicht überzeugen. Es muß sichergestellt sein, daß der zuständige Minister die notwendigen Personalentscheidungen treffen kann. Die Regierung wird nicht lahmgelegt, wenn die in diesem Antrag genannten Angehörigen der ehemaligen Staatssicherheit entlassen werden. Es geht auch nicht um ‚Gesinnungsprüfung*‘, wie Innenminister Diestel meint, sondern darum, sich von denen zu trennen, die zugunsten des SED-Regimes unmittelbar gehandelt haben und unzählige Mitbürger terrorisiert und über die Familien Leid gebracht haben. Dieser Personenkreis steht für die Verachtung der Menschenwürde und die Verletzung der Menschenrechte. Sie waren unter anderem beteiligt daran, die Menschenrechte auf freie Meinungsäußerung und Freizügigkeit mit Füßen zu treten, obwohl auch die DDR sich zur Erfüllung dieser Rechte mit den beiden internationalen Menschenrechtspakten verpflichtet hatte. Die Weiterbeschäftigung oder Einstellung in anderen Behörden kann nicht mit angeblichen Eigenschaften wie Disziplin und dergleichen begründet werden. Das Ansehen der Demokratie und die Verpflichtung gegenüber den Opfern gehen vor.“

Danke sehr.

(Beifall bei DSU, CDU/DA und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete Thietz.

Thietz für die Fraktion der F.D.P.:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist für die Fraktion der F.D.P. unterträglich, zu wissen, daß im Ministerrat der DDR, bei Regierungsbeauftragten in den Bezirken und auch in den Bezirksdirektionen der Volkspolizei noch ehemalige leitende Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit ihren Dienst tun sollen. Aus diesem Grunde können wir den Antrag der DSU nur voll begrüßen.

Aber ist es nicht schlimm, daß er fast ein halbes Jahr, nachdem wir die erste demokratisch gewählte Regierung im Amt haben, hier noch gestellt und behandelt werden muß?

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

Dieser Personenkreis durchsetzt offensichtlich noch immer unsere Ministerien. Wie heute aus der Presse hervorgeht - ich habe da vorhin einen Ausschnitt gesehen -, gibt es, auch durch diesen Pressebericht belegt, noch immer aktiv arbeitende Stasi-

gruppen. Hier ging es um einen Fall in Erfurt, wo sie noch die Möglichkeit haben, zur Zeit Akten verschwinden zu lassen, was wir ja eigentlich inzwischen ausgeschlossen zu haben glaubten.

Nun, wir werden am 3.10. - erfreulicherweise sind wir diese Nacht zu dieser Klärung gekommen - die Einheit Deutschlands vollziehen. Aber wir müssen diesen Antrag auch vor diesem Hintergrund sehen. Denn wenn die Einheit vollzogen wird, werden wir die Ministerien auflösen. Man wird aber dann doch wieder geneigt sein, auf bisherige Mitarbeiter, die die DDR kennen, zurückzugreifen. Man wird prüfen, aus welchen Teilen der bisherigen Ministerien man später zu bildende gesamtdeutsche Institutionen aufbauen kann.

Und wenn dieser jetzige Zustand nicht verändert wird, was bedeutet das dann? Das bedeutet, daß die Mitarbeiter der Staatssicherheit dann auch in den neuen gesamtdeutschen Institutionen zu finden sein werden. Und das können wir doch nun wirklich nicht zulassen!

(Vereinzelt Beifall)

Es ist deshalb wirklich dringendst geboten, schon aus diesem Zeitfaktor heraus - denn unsere Regierung wird ja nicht mehr allzu lange Bestand haben -, hier schnellstens Ordnung zu schaffen. Und deswegen wäre eine Schlußfolgerung schon bei der Bearbeitung dieses Antrags in den Ausschüssen, daß dieser Antrag terminisiert wird, daß den Ministerien ein fester Termin vorgegeben wird, bis wann das abschließend zu erfolgen hat.

Wir würden aber, abweichend von diesem Vorschlag, den wir doch für etwas sehr umfassend halten, Vorschlägen, daß wir uns hier auf Schwerpunkte konzentrieren, und diese Schwerpunkte scheinen uns bei diesem nach der Ordnung 6/1986 bekannten Spezialpersonenkreis, diesen sogenannten OibE, zu liegen, diesen „Offizieren im besonderen Einsatz“, und insbesondere mit dieser Zielrichtung müßte die Arbeit jetzt in den Ministerien erfolgen, daß dieser Personenkreis ausgesondert wird.

Wenn ich auf den Antrag der DSU zurückkomme, dann ist da zu lesen, daß Minister Diestel im Mdi - und das Mdi steht ja hier eigentlich besonders im Vordergrund, weil es eine besondere Bedeutung innerhalb unserer Regierung hat - geäußert hat, er wüßte nicht, welche Leute das nun seien. Der entsprechende Untersuchungsausschuß hätte aber eine Liste. Ich finde, daß - ich muß es so sagen - das für einen Minister absolut kein Standpunkt sein kann.

(Beifall)

Man hätte erwarten müssen, daß der Minister hier von allein tätig wird und in seinem Ministerium für Ordnung sorgt, und wenn er weiß, daß der Untersuchungsausschuß eine solche Liste hat, warum verschafft er sie sich dann nicht? Das ist für mich völlig unerklärlich, und hier würde ich insbesondere das Mdi auffordern, daß es sehr schnell tätig wird.

Das wäre unser Standpunkt zu dieser Vorlage. Wir begrüßen sie also und würden Vorschlägen, sie dann in die entsprechenden Ausschüsse zu verweisen.

Vielleicht noch ein Wort an die Damen und Herren von der PDS: Sie hatten heute wie schon zuweilen kein allzu großes Glück mit ihren Vorlagen. Diese Vorlage hätte von Ihnen kommen müssen!

(Beifall bei CDU/DA, SPD und DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Gauck.

Gauck für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich ist es bedauerlich, daß wir in diesem Eilverfahren jetzt Dinge abwickeln müssen, die viel früher hätten erfolgt sein sollen. Aber ich mag eigentlich nicht so gern auf diese Personengruppe sehen, wenn wir unter uns nicht die notwendigen Schritte zuwege gebracht haben.

(Beifall, vor allem bei der SPD)